

# Einkommensungleichheit, wahrgenommene Ungleichheit und der Einfluss der Medien<sup>1</sup>

---

**Tobias Thomas/Matthias Diermeier/Henry Goecke/Judith Niehues**

Dr. Tobias Thomas ist Direktor des Wirtschaftsforschungsinstituts Eco-Austria, Vorsitzender von ECONWATCH – Gesellschaft für Politikanalyse und Lehrbeauftragter am Düsseldorf Institute for Competition Economics (DICE). Matthias Diermeier ist Wirtschaftswissenschaftler am Institut der deutschen Wirtschaft (IW). Dr. Henry Goecke ist Leiter der Forschungsgruppe Big Data Analytics am Institut der deutschen Wirtschaft (IW). Dr. Judith Niehues ist Leiterin der Forschungsgruppe Mikrodaten und Methodenentwicklung am Institut der deutschen Wirtschaft (IW)

---

In vielen Ländern nehmen die Bürgerinnen und Bürger die Ungleichheit größer wahr, als es Kennziffern zur Einkommensverteilung nahelegen. Zudem wird sie oft als zunehmend wahrgenommen, obwohl die Einkommensverteilung nach Steuern und Transfers zB in Österreich und Deutschland nach verschiedenen Verteilungsmaßen, wie dem Gini-Koeffizient, dem P90/P10-, und dem S80/S20-Verteilungsmaß, in den letzten zehn Jahren weitgehend unverändert geblieben ist. Dabei stellt sich die Frage, wie es zu solchen Fehleinschätzungen kommen kann. Im vorliegenden Beitrag untersuchen wir, ob die Medienberichterstattung über Ungleichheit einen Erklärungsbeitrag zur Divergenz zwischen empfundener und tatsächlicher Ungleichheit leisten kann. Die Ergebnisse der ökonometrischen Analyse auf Basis von über 640.000 Nachrichten in deutschen Medien und über 300.000 Interviews des deutschen Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) im Zeitraum 2001 bis 2015 zeigen, dass eine intensivere Berichterstattung zum Thema Ungleichheit die Sorgen der Bürgerinnen und Bürger zumindest kurzfristig erhöhen und die Wahrnehmung der sozialen Gerechtigkeit verschlechtern kann. Medien spielen also eine entscheidende Rolle im Hinblick auf die Sorgen der Bevölkerung – und das auch abgekoppelt von der tatsächlichen Entwicklung. Da die politischen Präferenzen der Wählerinnen und Wähler eher durch subjektive Einschätzungen als durch tatsächliche Entwicklungen geprägt werden, ist das Auseinanderdriften

---

<sup>1</sup> Die Autoren danken den Teilnehmern der Jahrestagung des Verein für Socialpolitik (VfS) im September 2017 in Wien (Österreich), den Teilnehmern der Jahrestagung der European Public Choice Society (EPCS) im April 2017 in Budapest (Ungarn) sowie den Teilnehmern des Economics of Media Bias-Workshop im Oktober 2016 am Düsseldorf Institute for Competition Economics (DICE) Deutschland für nützliche Hinweise und Kommentare.

von wahrgenommener und tatsächlicher Entwicklung von besonderer Bedeutung. Dies deutet auch auf die besondere Verantwortung von Medien in Demokratien hin. Aufgrund der Verfügbarkeit der Daten fokussieren wir bei der Analyse des Einflusses der Medienberichterstattung auf Deutschland. Vieles spricht jedoch dafür, dass sich die Resultate zumindest qualitativ auf andere Länder übertragen lassen. Bei ähnlichem ökonomischen Entwicklungsstand, ähnlichem kulturellen und institutionellen Hintergrund und ähnlicher geografischer Lage liegt dies besonders nahe.

## 1. Hintergrund und Motivation

In der öffentlichen und politischen Debatte spielen Einkommensverteilung und Ungleichheit eine hervorgehobene Rolle. Dabei werden die Einkommensunterschiede oftmals als sehr groß und wachsend dargestellt.<sup>2</sup> Dies gilt auch für Österreich und Deutschland, wo eine Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger die Gesellschaft als eher ungerecht und die soziale Ungleichheit als eine der großen Herausforderungen für die Zukunft sieht.<sup>3</sup> Aus internationaler Perspektive ist die große Skepsis im Hinblick auf Ungleichheit und soziale Gerechtigkeit in Österreich und Deutschland eher überraschend, da es nur wenige Länder gibt, die eine umfangreichere staatliche Umverteilung durch Steuern und Transfers erreichen. Entsprechend ist die Einkommensverteilung nach Steuern und Transfers gleicher als in den meisten anderen Industrieländern (*Leventi/Vujackov*, 2016). Nachdem die Ungleichheit in Deutschland von Mitte der 1990er Jahre bis 2005 zugenommen hat, zeigen die Daten in den letzten zehn Jahren eine recht stabile Einkommensverteilung.<sup>4</sup> Die deutschen Bürgerinnen und Bürger sehen hingegen keine stabile Entwicklung der Einkommensverhältnisse: So gaben in einer Umfrage aus dem Jahr 2013 88% der Deutschen an, dass die Kluft zwischen Arm und Reich in den fünf Jahren vor 2013 zugenommen habe (*Pew Research Center*, 2013).<sup>5</sup>

Das Auseinanderdriften zwischen der tatsächlichen Entwicklung der Einkommensverteilung und der wahrgenommenen Ungleichheit hat auch zu einer wachsenden wissenschaftlichen Literatur zu diesem Thema geführt.<sup>6</sup> So stellen *Hauser/Norton* (2017) fest, dass es keinen direkten Zusammenhang zwischen

---

2 So hat die OECD verschiedentlich publiziert, dass die Ungleichheit in den meisten Industrieländern in den letzten Jahrzehnten zugenommen hat (*OECD*, 2008; 2011).

3 Laut ALLBUS-Umfrage („Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften“) 2014 widersprechen mehr als zwei Drittel der Deutschen der Aussage, dass die sozialen Unterschiede in ihrem Land im Großen und Ganzen gerecht sind.

4 Siehe Abschnitt 2.

5 Umfrage unter 1.025 Haushalten in Deutschland. Der Report des Pew Research Center enthält keine Daten für Österreich.

6 Ein Teil der wissenschaftlichen Literatur untersucht die wahrgenommene individuelle Position in der Einkommensverteilung (zB *Cruces et al*, 2013; *Engelhardt/Wagener*, 2014). Ein anderer Teil fokussiert hingegen auf die wahrgenommene Einkommensverteilung in einer Gesellschaft insgesamt (zB *Norton/Ariely*, 2011; *Niehuys*, 2014; *Engelhardt/Wagener*, 2016; *Gimpelson/Treisman*, 2017).

der tatsächlichen Einkommensverteilung und ihrer Wahrnehmung zu geben scheint. *Gimpelson/Treisman* (2017) zeigen in einer Meta-Studie zur Wahrnehmung von Ungleichheit, dass Bürgerinnen und Bürger häufig nur geringe Kenntnisse über die tatsächliche Höhe und Entwicklung der Einkommensverteilung haben. Darüber hinaus zeigen die Untersuchungen, dass kritische Ansichten über Einkommensunterschiede und der Wunsch nach mehr Umverteilung sehr viel stärker mit der wahrgenommenen Ungleichheit als mit den tatsächlichen Einkommensunterschieden zusammen hängen. (*Gimpelson/Treisman*, 2017; *Niehues*, 2014).

Im vorliegenden Beitrag untersuchen wir, ob die Medienberichterstattung über Ungleichheit eine mögliche Erklärung für die beobachtbaren Fehleinschätzungen von Einkommensverteilung und Ungleichheit sein könnte. Dazu nutzen wir Daten zur Medienberichterstattung von 2001 bis 2016 auf Tagesbasis und verbinden diese mit tagesgenauen Umfragedaten zu den Sorgen der Bevölkerung über die wirtschaftliche Situation und die Zufriedenheit mit der sozialen Gerechtigkeit in der Gesellschaft.

Unser Beitrag ist wie folgt aufgebaut: Zunächst geben wir in Abschnitt 2 einen Überblick über die Entwicklung der Einkommensungleichheit in Österreich, Deutschland und den Vereinigten Staaten sowie eine internationale Einordnung der Verteilungskennziffern. In Abschnitt 3 werden dann einige Untersuchungen zur Wahrnehmung von Ungleichheit vorgestellt. Abschnitt 4 beschreibt den Einfluss der Medienberichterstattung zum Thema Ungleichheit auf subjektive Einschätzungen der Bevölkerung. Abschnitt 5 schließt mit einem Fazit.

## 2. Entwicklung der Einkommensungleichheit

Um einen Eindruck über die tatsächliche Entwicklung der Ungleichheit zu erhalten, betrachten wir zunächst die zeitliche Veränderung verschiedener Ungleichheitsmaße exemplarisch für die Länder Österreich, Deutschland und den Vereinigten Staaten.

Abbildung 1 zeigt die Entwicklung des Gini-Koeffizienten der bedarfsgewichteten Nettoeinkommen, also der Einkommen nach Abgaben und inklusive Renten- und Transferzahlungen, für Österreich, Deutschland und die USA je nach Daten-Verfügbarkeit von 1995 bis 2015 auf Basis der OECD Income Distribution Database.<sup>7</sup> Der Gini-Koeffizient ist das gängige Maß für die Einkommensverteilung in einem Land. Erhalten alle Haushalte identische Einkommen, so nimmt der Gini-Koeffizient den Wert 0 an; erhält ein einziger Haushalt das gesamte Einkommen, so ist der Wert 1.

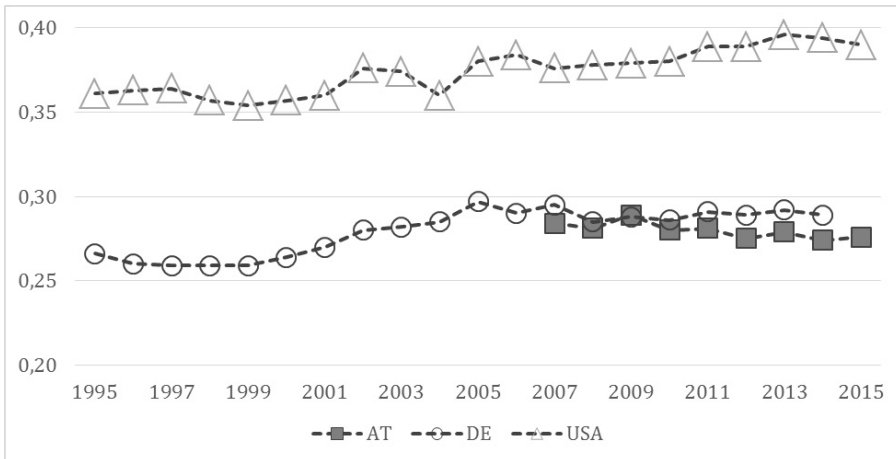
---

7 Die deskriptiven Ungleichheitsdaten beziehen sich auf die Version der OECD Income Distribution Database (IDD) vom 15. 12. 2017. Soweit verfügbar wird auf die neue Einkommensdefinition der OECD-Daten zurückgegriffen. Die Bedarfsgewichtung der Einkommen berücksichtigt Einspareffekte gemeinsamen Wirtschaftens innerhalb eines Haushalts und erfolgt in der IDD mittels der Quadratwurzel der Haushaltsgröße.

Auf den ersten Blick fällt auf, dass die Einkommensverteilung nach staatlicher Umverteilung in den Vereinigten Staaten durchweg deutlich ungleicher ausfällt als in Österreich und Deutschland. Im Beobachtungszeitraum liegt der Gini-Koeffizient für die Vereinigten Staaten zwischen 0,354 und 0,396 während der Gini-Koeffizient für Österreich und Deutschland Werte zwischen 0,259 und 0,297 annimmt.

Im Zeitverlauf nimmt der Gini-Koeffizient für die Vereinigten Staaten nahezu stetig zu und steigt von 0,361 im Jahr 1995 auf 0,396 im Jahr 2013 (im Jahr 2015 geht der Wert leicht auf 0,39 zurück). Die Daten für Österreich und Deutschland zeigen im Zeitverlauf ein uneinheitliches Bild: von 1995 bis 1999 verändert sich die Ungleichheit der Nettoeinkommen in Deutschland kaum. Seit etwa der Jahrtausendwende steigt der Gini-Koeffizient dann von rund 0,26 auf den Höchstwert von 0,297 im Jahr 2005. Bis zum Jahr 2008 sinkt der Koeffizient leicht auf den Wert 0,285. Abgesehen von minimalen Schwankungen variiert der Gini-Koeffizient seither rund um den Wert 0,29. Mit 0,289 liegt der Gini Koeffizient nach staatlicher Umverteilung in Deutschland am aktuellen Rand etwas unterhalb des Wertes von 2005.<sup>8</sup>

Abbildung 1: Einkommensverteilung (Gini-Koeffizient) nach staatlicher Umverteilung in Deutschland, Österreich und den Vereinigten Staaten, 1995-2015



Werte nach Daten-Verfügbarkeit in der OECD Income Distribution Database von Dezember 2017.

Hinweis: Der Gini-Koeffizient misst die Einkommensverteilung. Erhalten alle Haushalte identische Einkommen, so nimmt er den Wert 0 an; erhält ein Haushalt das gesamte Einkommen, so ist der Wert 1.

Quelle: OECD Income Distribution Database

8 Die Änderungen des Gini-Koeffizienten der Nettoeinkommen seit 2005 erweisen sich allesamt als statistisch nicht signifikant (Niehues, 2017). Die stabilen Verhältnisse in Deutschland innerhalb des letzten Jahrzehnts werden auch auf Basis des Mikrozensus des Statistischen Bundesamts und der Gini-Koeffizienten der Eurostat-Datenbank bestätigt.

Für Österreich weist die OECD die Ungleichheitsentwicklung erst seit dem Einkommensjahr 2007 aus. Mit einem Gini-Koeffizienten der bedarfsgewichteten Nettoeinkommen in Höhe von 0,284 im Jahr 2007 und einem Koeffizienten von 0,276 im Jahr 2015 zeigen die für Österreich verfügbaren Daten - bei leicht sinkender Tendenz - kaum Änderungen der Ungleichheit nach staatlicher Umverteilung. Gleichsam in Deutschland und Österreich gibt es somit keine Anzeichen einer steigenden Ungleichheit der Nettoeinkommen seit 2005, beziehungsweise seit Datenverfügbarkeit im Jahr 2007 in Österreich. Mit einem Gini-Koeffizienten von 0,274 im Jahr 2014 waren die Einkommen nach Abgaben und Transfers in Österreich etwas gleichmäßiger verteilt als in Deutschland.

Weitere Erkenntnisse lassen sich aus der Einordnung der Verteilungskennziffern im Vergleich zu anderen Industriestaaten und insbesondere aus dem Einfluss der staatlichen Umverteilung ermitteln. Abbildung 2 stellt die Gini-Koeffizienten vor und nach staatlicher Umverteilung durch Abgaben, Renten und staatlicher Transferzahlungen exemplarisch für die 20 Gründungsstaaten der OECD dar. Zunächst wird unmittelbar die unterdurchschnittliche Ungleichheit nach staatlicher Umverteilung in Deutschland und Österreich erkennbar - würde man die Gesamtheit der OECD-Staaten betrachten, würde dieser Befund noch deutlicher hervortreten. Im Vergleich zur USA kennzeichnet sich in dieser Betrachtung nur die Türkei durch eine höhere Ungleichheit nach staatlicher Umverteilung.

Ein weiterer interessanter Befund zeigt sich aus dem Vergleich der Ungleichheit vor staatlicher Umverteilung. Mit Gini-Koeffizienten von rund 0,5 bewegen sich Österreich und Deutschland hier auf einem sehr ähnlichen Niveau wie die USA (0,506). Die Ähnlichkeit der Ungleichheitsniveaus vor staatlicher Umverteilung ergibt sich allerdings eher zufällig, denn sie werden durch verschiedene Faktoren bestimmt, ua durch die unterschiedliche Ausgestaltung der sozialen Sicherungssysteme: Während viele Europäer im höheren Alter bereits eine gesetzliche Rente beziehen, die bei der Ungleichheit vor Umverteilung nicht berücksichtigt wird, arbeiten die US-Amerikaner häufig länger und erzielen noch ein Markteinkommen. Bei umfangreicher gesetzlicher Alterssicherung fällt die Ungleichheit vor Umverteilung somit *ceteris paribus* höher aus.<sup>9</sup>

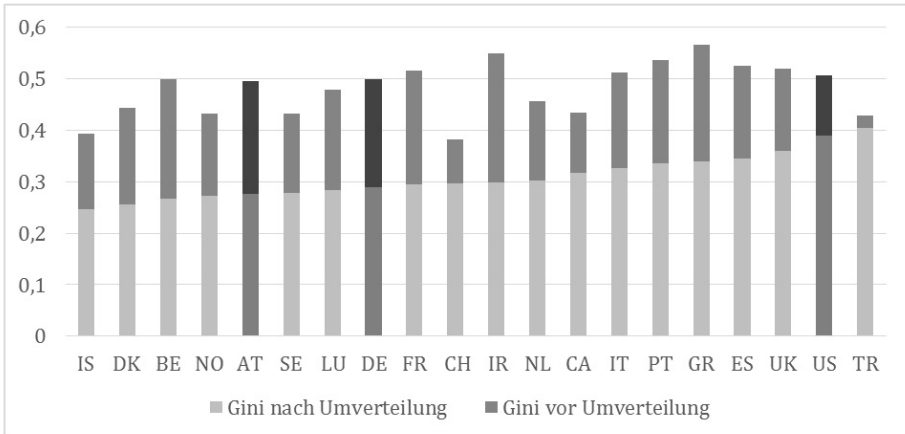
Nach Abgaben, Renten und Transfers unterscheidet sich das Bild entsprechend erheblich. Während in den Vereinigten Staaten der soziale Ausgleich dazu führt, dass der Gini-Koeffizient durch staatliche Umverteilung um knapp 23% reduziert wird, geht er in Deutschland um rund 42% zurück, in Österreich sogar um über 44%. In nur wenigen Ländern fällt die Ungleichheitsreduktion durch staatliche Umverteilung höher aus.

Um die Aussagekraft des Gini-Koeffizienten zu überprüfen, werden nun noch zwei weitere Maße für die Einkommensungleichheit betrachtet. Das P90/P10-Verteilungsmaß gibt das Verhältnis der Einkommensgrenze zu den ärmeren zehn Prozent der Einkommensverteilung (P90) zur Einkommensgrenze zu den reichsten zehn Prozent (P10) an. Das S80/S20-Verteilungsmaß stellt den Einkommensanteil der 20-Prozent reichsten Haushalte im Verhältnis zum Einkommensanteil der 20 Prozent ärmsten Haushalte dar. Abbildung 3 zeigt das P90/

---

9 Für eine weitere Diskussion siehe *Fischer/Niehues* (2016).

Abbildung 2: Einkommensverteilung (Gini-Koeffizient) vor und nach staatlicher Umverteilung in den 20 Gründungsstaaten der OECD, 2015



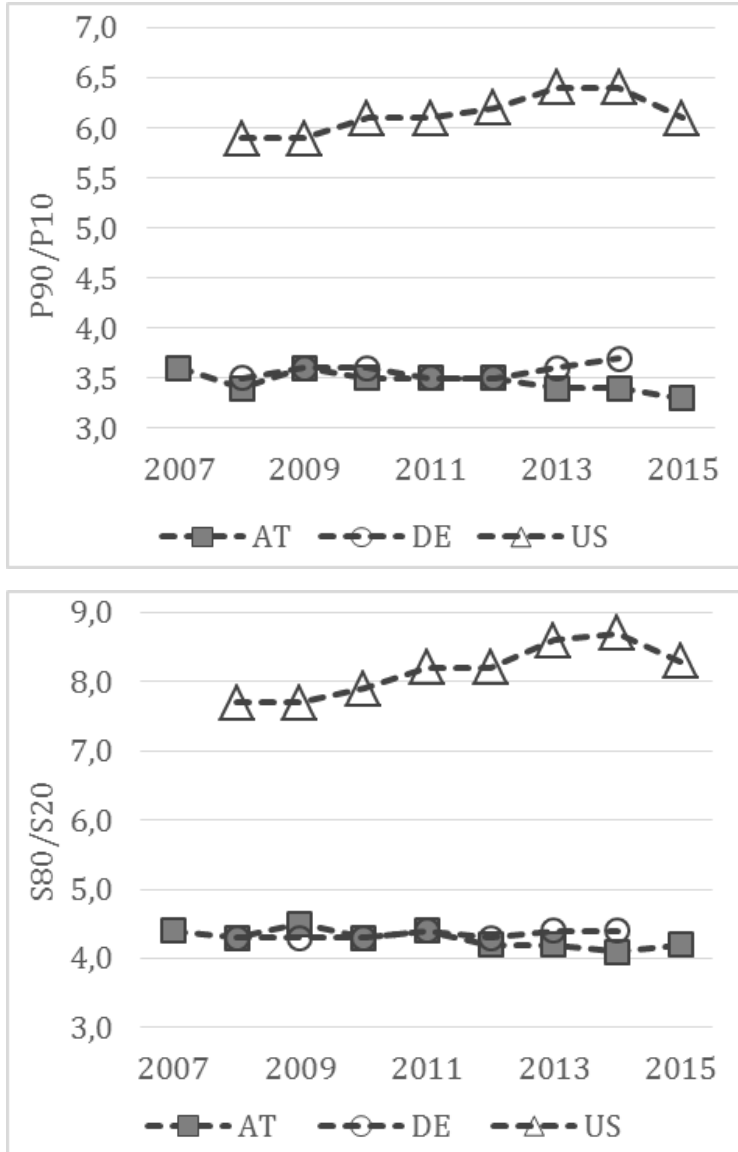
IS, DK, LU, DE, CH, IR, IT: Werte für 2014.

Hinweis: Der Gini-Koeffizient misst die Einkommensverteilung in einem Land. Erhalten alle Haushalte identische Einkommen, so nimmt er den Wert 0 an; erhält ein Haushalt das gesamte Einkommen, so ist der Wert 1. Die Länder sind sortiert nach der Höhe der Ungleichheit nach Umverteilung durch Abgaben und Transfers. Die absolute Differenz des Ginis vor Umverteilung und des Ginis nach Umverteilung (der Länge des dunkleren Balkens) gibt die Reduktion der Ungleichheit durch staatliche Umverteilung an.

Quelle: OECD

P10- und S80/S20-Verteilungsmaß nach staatlicher Umverteilung für Deutschland, Österreich und die Vereinigten Staaten im Zeitraum 2007 bis 2015. Der Verlauf der beiden alternativen Verteilungsmaße zeigt ein sehr ähnliches Bild wie bei Betrachtung der Gini-Koeffizienten in Abbildung 1: In den Vereinigten Staaten ist die Ungleichheit nach staatlicher Umverteilung wesentlich deutlicher ausgeprägt, als in Österreich und Deutschland. Dabei steigt die Ungleichheit in den Vereinigten Staaten zunächst stetig an und geht am aktuellen Rand wieder etwas zurück. In Österreich und Deutschland ist die Ungleichheit nach Steuern und Transfers wesentlich geringer ausgeprägt. Die Einkommensverteilung ist zwischen 2007 und 2015 in beiden Ländern weitgehend konstant, in Deutschland am aktuellen Rand leicht höher als in Österreich.

Abbildung 3: Einkommensverteilung P90/P10 (oben) und S80/S20 (unten) nach staatlicher Umverteilung in Deutschland, Österreich und den Vereinigten Staaten, 2007-2015



Hinweis: Das P90/P10-Verteilungsmaß (oben) gibt das Verhältnis der Einkommensgrenze zu den ärmeren zehn Prozent der Einkommensverteilung (P90) zur Einkommensgrenze zu den reichsten zehn Prozent (P10) an. Das S80/S20-Verteilungsmaß (unten) stellt den Einkommensanteil der 20-Prozent reichsten Haushalte im Verhältnis zum Einkommensanteil der 20 Prozent ärmsten Haushalte dar.

Quelle: OECD

### 3. Wahrgenommene Ungleichheit

Auch wenn die Einkommensungleichheit in Deutschland und Österreich erkennbar geringer ausfällt als in der Mehrheit der Industrienationen und sich in den letzten Jahren auch wenig geändert hat, wird sie von vielen Menschen als ungerecht angesehen und die Einkommensunterschiede als zu groß und kontinuierlich wachsend wahrgenommen. So zeigt die repräsentative Erhebung der Allgemeinen Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften (ALLBUS) aus dem Jahr 2014 für Deutschland, dass etwa 68% der Bundesbürger die sozialen Unterschiede im Land eher ungerecht finden,<sup>10</sup> in Österreich befanden in einer Umfrage im Auftrag der Österreichischen Nationalbank aus dem Jahr 2011 eine Mehrheit von 54% die Einkommen als entweder „sehr“ oder „extrem ungleich“ verteilt (*Knell/Stix*, 2017).<sup>11</sup>

Mit dieser kritischen Einschätzung der Verhältnisse und deren Entwicklung stehen Deutschland und Österreich im europäischen Vergleich nicht allein da. International lassen sich Verteilungsfragen mit dem Modul zur sozialen Ungleichheit des International Social Survey Programme (ISSP) untersuchen.<sup>12</sup> Das ISSP ist eine repräsentative internationale Umfrage zu sozialwissenschaftlich relevanten Fragestellungen. Die letzte Umfrage zu Fragen der sozialen Ungleichheit, die alle zehn Jahre durchgeführt wird, stammt aus dem Jahr 2009.

Eine der Fragen im ISSP ist, ob die Einkommensunterschiede im Land als zu groß empfunden werden. In Deutschland stimmten 52,4% „voll und ganz“ zu, dass die Einkommensunterschiede im Land zu groß seien. In Österreich lag dieser Anteil mit 46,3% der Bevölkerung nur geringfügig niedriger. In den Vereinigten Staaten gilt dies hingegen nur für weniger als ein Drittel der Bürgerinnen und Bürger, obwohl ihr Land, wie in Abschnitt 2 dargelegt, durch eine deutlich höhere Einkommensungleichheit gekennzeichnet ist. Auch wenn man weitere Länder betrachtet, besteht nahezu kein Zusammenhang zwischen der tatsächlichen Einkommensverteilung und ihrer Bewertung durch die Bevölkerung.

Der Korrelationskoeffizient zwischen dem Gini-Koeffizienten der Nettoeinkommen, also den Einkommen nach Steuern und Transfers, und dem Anteil der Befragten, die „voll und ganz“ zustimmen, dass die Einkommensunterschiede im jeweiligen Land zu groß sind, beträgt unter den europäischen Ländern lediglich 0,26 (*Niehuus*, 2014). Wenn man die USA hinzunimmt, fällt der Zusammenhang mit 0,08 noch geringer aus. Der Zusammenhang wird auch dann nicht statistisch signifikant, wenn man anstatt der Nettoeinkommen die Einkommen vor Abgaben und Transfers betrachtet. Für die kritische Einschätzung der Einkommensunterschiede scheint die tatsächliche Einkommensverteilung somit keine Rolle zu spielen. Daran schließt sich unmittelbar die Frage an, ob die Bür-

---

10 Im ALLBUS 2014 stimmten 68,2% der Befragten mit validen Antworten der Aussage „Ich finde die sozialen Unterschiede in unserem Land im Großen und Ganzen gerecht“ eher nicht oder überhaupt nicht zu.

11 Die weiteren 46% der Befragten wurden in *Knell/Stix* (2017) in der Antwortkategorie „rather unequal“ zusammengefasst. Insgesamt gab es 1.847 valide Antworten zu der Frage.

12 [www.gesis.org/issp/modules/issp-modules-by-topic/socialinequality/](http://www.gesis.org/issp/modules/issp-modules-by-topic/socialinequality/).



ger die Verteilungsverhältnisse in ihrem Land überhaupt korrekt einschätzen können.

Zur Messung der wahrgenommenen Ungleichheit gibt es in der wissenschaftlichen Literatur unterschiedliche Konzepte (*Schalembier*, 2015).<sup>13</sup> Im vorliegenden Beitrag greifen wir wiederum auf die Umfrage des International Social Survey Programme (ISSP) zurück:<sup>14</sup> Den Befragten werden fünf Diagramme mit idealtypischen Gesellschaftsformen im Hinblick auf die Bevölkerungsanteile in sieben gesellschaftlichen Schichten und entsprechende Beschreibungen vorgelegt (Abbildung 4). Die Befragten sollen dann angeben, welcher Typ ihrem Land am ehesten entspricht.

Typ A stellt eine bipolare Gesellschaft mit relativ hohen Bevölkerungsanteilen in der obersten und untersten Gesellschaftsschicht dar, mit einem starken Übergewicht in der untersten Gesellschaftsschicht. Typ B zeigt die Form einer pyramidenförmigen Gesellschaft, in dem Bevölkerungsanteile in den Gesellschaftsschichten mit der Höhe der Gesellschaftsschicht abnehmen. Bei den Typen C bis E wandert die Gesellschaftsschicht mit den größten Bevölkerungsanteilen schrittweise noch oben, bei Typ E zeigt sich nahezu die Form einer umgedrehten Pyramide. Ordnet man den einzelnen Gesellschaftsformen Ungleichheitsniveaus zu, so stellt Typ D die Gesellschaftsform mit der geringsten Ungleichheit dar. Typ A ist die Gesellschaftsform mit der größten Ungleichheit. Im Vergleich zu Typ E symbolisiert Typ D einen geringeren durchschnittlichen Lebensstandard und zugleich ein geringeres Ungleichheitsniveau als Typ E.

Eine deskriptive Auswertung der ISSP-Fragen ergibt, dass 54,2% der Deutschen ihre Gesellschaft am ehesten in der Form des Typ A oder B wahrnehmen. Demnach wird der Großteil der Bevölkerung in der unteren Gesellschaftsschicht verortet (Abbildung 4). Dies widerspricht der tatsächlichen Einkommensverteilung deutlich: trotz unterschiedlicher Abgrenzungen der Schichten, zB nach Einkommen, Bildungsstand etc, kommen Untersuchungen immer wieder zu dem Ergebnis, dass die meisten Menschen in Deutschland in der (Einkommens-)Mittelschicht leben. Deutlich weniger Menschen leben im unteren Einkommensbereich und am oberen Ende gibt es eine langgestreckte Spitze des Reichtums. Das Ausmaß der Ungleichheit in der deutschen Gesellschaft wird von der deutschen Bevölkerung also wesentlich pessimistischer eingeschätzt, als es Schichtanalysen zeigen.

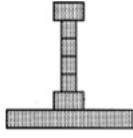
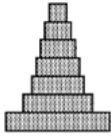
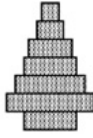
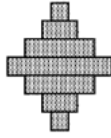
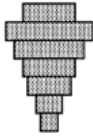
Auch in anderen europäischen Ländern vermuten viele Befragte mehr Menschen in den unteren Gesellschaftsschichten, als es der tatsächlichen Einkommensverteilung entspricht. Mit einem Anteil von 43,9% halten etwas weniger Österreicher ihre Gesellschaft für eine Pyramide, als es in Deutschland der Fall ist. Wie in Abschnitt 2 dargelegt wurde, fällt allerdings auch die tatsächlich gemessene Ungleichheit in Österreich geringer aus.

---

13 *Schalembier* (2015) argumentiert, dass von drei in der Literatur verwendeten Messkonzepten zur „Ungleichheitswahrnehmung“ nur eines (welches auch hier verwendet wird) tatsächlich misst, wie die Ungleichheit in der Gesellschaft eingeschätzt wird. Die anderen beiden Methoden messen entweder die Einschätzung der eigenen Position in der Gesellschaft oder die Einschätzung der Fairness der Verteilungssituation.

14 Die hiesige Darstellung fasst wesentliche Ergebnisse von *Niehues* (2016) zusammen und führt zusätzlich die Befragungsergebnisse aus Österreich auf.

Abbildung 4: **Subjektiv wahrgenommene Gesellschaftsformen in Deutschland, Österreich und den Vereinigten Staaten, 2009, Zustimmung in Prozent<sup>1)</sup>**

	 <b>Typ A</b> Eine kleine Elite oben, nur sehr wenige Menschen in der Mitte und die große Masse der Bevölkerung unten	 <b>Typ B</b> Eine Gesellschaft, die einer Pyramide gleicht, mit einer kleinen Elite oben, mehr Menschen in der Mitte und den meisten Menschen unten.	 <b>Typ C</b> Eine Gesellschaft, die einer Pyramide gleicht, aber mit nur wenigen Menschen ganz unten.	 <b>Typ D</b> Eine Gesellschaft, in der sich die meisten Menschen in der Mitte befinden.	 <b>Typ E</b> Viele Menschen im oberen Bereich und nur wenige Menschen im unteren Bereich.
Deutschland	18,8	35,4	23,0	18,6	4,2
Österreich	17,4	26,5	31,0	22,6	2,5
USA	17,1	38,9	15,0	26,0	2,9

1) Frage 14a (ISSP, 2009): Die folgenden Diagramme stellen verschiedene Gesellschaftsformen dar. Bitte sehen Sie sich zuerst alle fünf Diagramme und die dazugehörigen Beschreibungen an. Entscheiden Sie dann, welches Diagramm Ihrer Meinung nach der Gesellschaftsform in Ihrem Land heute am nächsten kommt.

Quelle: Ausgewählte Länder aus dem ISSP

Die Vorstellung einer pyramidenförmigen Gesellschaft dominiert hingegen nicht in allen Ländern. In Skandinavien sind die Einkommen sehr gleichmäßig verteilt, die Einkommensmittelschicht ist deshalb sehr groß und dessen sind sich die Bewohner durchaus bewusst: Hier überwiegt bei den Befragten im ISSP die Auswahl des Typ D und somit der „idealtypischen Mittelschichtgesellschaft“.

Interessant sind auch die Ergebnisse der ISSP-Befragung für die Vereinigten Staaten: Obwohl die Einkommensverteilung nach Steuern und Transfers, wie in Abschnitt 2 dargelegt, deutlich polarisierter ist als in Österreich oder Deutschland, glauben erstaunlicherweise mehr US-Bürger als Österreicher oder Deutsche, dass sie in einer idealtypischen Mittelschichtgesellschaft (Typ D) leben.

Die bisherigen Auswertungen fokussierten vorrangig auf die Einkommensverteilung der betrachteten Länder. Auf den ersten Blick könnte die vergleichsweise hohe Ungleichverteilung der Nettovermögen in Deutschland und Österreich eine Erklärung für die pessimistische Ungleichheitswahrnehmung sein. Allerdings zeigen die Vermögensdaten des Credit Suisse Global Wealth Databook regelmäßig, dass die Vermögensungleichheit in den USA - und ebenfalls in den skandinavischen Ländern Norwegen, Schweden und Dänemark - noch höher ausfällt. Gleichzeitig sind osteuropäische Länder wie beispielsweise Ungarn durch eine eher geringe Vermögensungleichheit gekennzeichnet. Insgesamt zeigt sich

somit zwischen der Ungleichheit der wahrgenommenen Gesellschaftsform und der Höhe der Vermögensungleichheit sogar eher die Tendenz eines umgekehrten Zusammenhangs: je höher die gemessene Ungleichheit der Nettovermögen, desto gleicher der wahrgenommene Gesellschaftstyp (Niehues, 2016).<sup>15</sup> Eine naheliegende Erklärung kann darin liegen, dass die Vermögensungleichheit im europäischen Vergleich tendenziell in den Ländern besonders ausgeprägt ist, die über eine umfangreiche wohlfahrtsstaatliche Absicherung verfügen: Bei hoher staatlicher Sicherung fallen die Anreize zur privaten Absicherung geringer aus, gleichzeitig erschweren hohe Abgaben in der Mittelschicht den Vermögensaufbau. Vermögensungleichheit und Einkommensungleichheit gehen somit keineswegs Hand in Hand: Ähnlich wie in Skandinavien ist in Deutschland und Österreich die Einkommensungleichheit vergleichsweise gering, die staatliche Absicherung hingegen hoch - und die Vermögen eher ungleich verteilt. Die Wahrnehmung der Gesellschaftsform fällt in Österreich und Deutschland aber trotzdem sehr viel pessimistischer als in den skandinavischen Staaten aus.

#### 4. Der Einfluss der Medien

Bei der dargestellten kräftigen Diskrepanz zwischen der tatsächlichen Entwicklung der Einkommensverteilung und der wahrgenommenen Einkommensverteilung und deren Entwicklung stellt sich die Frage, wie es zu solchen Fehleinschätzungen kommen kann. Dabei ist weniger überraschend, dass Bürgerinnen und Bürger die Einkommensverteilung schlecht oder gar nicht einschätzen können. Denn im Gegensatz zu beobachtbaren Konsumverhalten von Nachbarn, Kollegen oder Freunden ist die Einkommensverteilung in der Gesamtgesellschaft keine unmittelbar beobachtbare Größe. Was hingegen überrascht ist, dass die Bürgerinnen und Bürger in Österreich und Deutschland die Einkommensungleichheit nicht zufällig unter- und überschätzen, sondern systematisch zu einer Überschätzung der Ungleichheit neigen. Ein möglicher Treiber dieser Diskrepanz könnte die Medienberichterstattung über Ungleichheit sein.

##### 4.1 Bisherige Beiträge zur Medienwirkungsforschung

Medien spielen eine wichtige Rolle für die Wahrnehmung und die Entscheidungen von Individuen im wirtschaftlichen und politischen Kontext. Folglich gibt es in den letzten Jahren immer mehr Forschungsarbeiten, die den Einfluss der Medien mit ökonomischen Methoden untersuchen. Das Interessante dabei ist, dass Medien niemals ein Eins-zu-eins-Abbild des gesamten Weltgeschehens darstellen können. Medien berichten immer nur über einen kleinen Teil des Geschehens und der berichtete Teil unterliegt wiederum verschiedenen systematischen Verzerrungen, die in den empirischen Wissenschaften „Bias“ genannt werden. Die bekanntesten Arten von Medien-Bias (Entman, 2007) sind der Advertising-Bias, wenn die Medienberichterstattung in Umfang und Bewertung zu-

---

<sup>15</sup> Zudem hat sich die Höhe der Vermögensungleichheit in Deutschland - wie auch die Einkommensungleichheit - im letzten Jahrzehnt nahezu nicht verändert (Demary/Niehues, 2016).

gunsten der Werbekunden verzerrt sind (siehe *Dewenter/Heimeshoff*, 2014, 2015; *Gambaro/Puglisi*, 2015; *Reuter/Zitzewitz*, 2006); der Newsworthiness-Bias, wenn Nachrichten über bestimmte Themen die Berichterstattung über andere Themen verdrängen, weil sie von den Medien als wichtiger angesehen werden (siehe *Durante/Zhuravskaya*, 2015; *Eisensee/Strömberg*, 2007); der Negativity-Bias, wenn sich Medien stärker auf Katastrophen, Kriminalität und bedrohliche politische und wirtschaftliche Entwicklungen im Vergleich zu positiveren Nachrichten konzentrieren (siehe *Friebel/Heinz*, 2014; *Garz*, 2013, 2014; *Heinz/Swinen*, 2015; *Soroka*, 2006); und der Political-Bias, wenn die Medienberichterstattung die eine oder andere Seite des politischen Spektrums bevorzugt (siehe *Anderson/McLaren*, 2010; *Besley/Prat*, 2006; *Groseclose/Milyo*, 2005; *Prat*, 2014). Als Folge der vielfach verzerrten Berichterstattung können Entscheidungen von Individuen, die auf Medieninformationen beruhen, von denen abweichen, die auf weniger verzerrten Informationen beruhen.

Die Medienberichterstattung beeinflusst Entscheidungsprozesse und Handlungen in vielerlei Hinsicht. *Helmenstein et al* (2016) untersuchen den Einfluss der internationalen Berichterstattung über einen Wirtschaftsstandort auf die FDIs. *Dewenter et al* (2016) zeigen, dass die Anzahl der Autoverkäufe zumindest teilweise von der Medienberichterstattung über die Automobilindustrie abhängt. *Eisensee/Strömberg* (2007) analysieren die Auswirkungen der Medienberichterstattung über Naturkatastrophen auf US-Katastrophenhilfeentscheidungen und *Beckmann et al* (2017) weisen anhand der Global Terror Database nach, dass ein Anstieg der Terrorzahlen nicht nur mehr internationale Medienberichte zum Thema auslöst, sondern mehr Medienberichte zu Terror auch zu mehr und brutaleren Terrorakten führt.

Im wirtschaftlichen Kontext zeigen *Nadeau et al* (2000), *Soroka* (2006) und *van Raaij* (1989), dass die Einschätzung der Wirtschaftslage und der Konjunkturerwartungen zumindest teilweise von Medienberichten abhängt. In diesem Zusammenhang nutzen *Kholodilin et al* (2017) Mediendaten zur Verbesserung von Prognosemodellen für die Industrieproduktion. *Alsem et al* (2008), *Goidel/Langley* (1995) sowie *Doms/Morin* (2004) untersuchen den Einfluss der Medienberichterstattung auf das Konsumklima. *Garz* (2013) analysiert die Auswirkungen einer verzerrten Medienberichterstattung über die Arbeitslosigkeit auf die Wahrnehmung von Arbeitsplatzunsicherheit und *Lamla/Maag* (2012) untersuchen den Einfluss der Medienberichterstattung auf die Inflationserwartungen von Haushalten und Prognostikern. Im politischen Kontext analysieren *Bernhardt et al* (2008), *D'Alessio/Allen* (2000), *Druckman/Parkin* (2005), *Entman* (2007), *Gentzkow et al* (2011) sowie *Morris* (2007) die Auswirkungen der Medienberichterstattung auf politische Präferenzen und Wählerentscheidungen.

Eine umfassende Analyse der Wirkung der Medienberichterstattung im politischen Kontext liefern *Snyder/Strömberg* (2010). Die Autoren stellen fest, dass Wähler, die in US-Regionen mit wenig ausgeprägter politischer Medienberichterstattung leben, weniger in der Lage sind, ihre Abgeordneten zu benennen oder sie zu bewerten. Dies wirkt sich auch auf die Arbeit der Politiker aus: Kongressabgeordnete, die nur wenig in den regionalen Medien vorkommen, sind weniger bereit, bei Kongressanhörungen oder in Ausschüssen mitzuwirken.

Die Auswirkungen der Medienberichterstattung auf Wahlergebnisse stehen im Fokus der Untersuchung von *Enikolopov et al* (2011). Die Autoren analysieren Wahlergebnisse der Parlamentswahlen im Jahr 1999 in russischen Regionen mit unterschiedlichem Zugang zu einem unabhängigen Fernsehsender. Die Autoren stellen fest, dass der Zugang zu dem unabhängigen TV-Sender zu einem Rückgang der Stimmen für die Regierungspartei um 8,9 Prozentpunkte und zu einer Erhöhung der Stimmen für die großen Oppositionsparteien um 6,3 Prozentpunkte führt. Die Ergebnisse sind vergleichbar mit denen von *DellaVinga/Kaplan* (2007). Basierend auf der schrittweisen Einführung des konservativen Senders Fox News Channel in den US-Staaten stellen die Autoren fest, dass die Stimmanteile für die Republikaner in den Städten, in denen Fox News empfangen werden konnte, um 0,4 bis 0,7 Prozentpunkte höher ausfällt.

Unsere Untersuchung des Einflusses der Medienberichterstattung über Ungleichheit auf die Wahrnehmung der Einkommensverteilung ähnelt den Forschungsarbeiten von *Nadeau et al* (2000), *Soroka* (2006), sowie *van Raaij* (1989). Eine besondere Nähe hat unsere Analyse zu *Garz* (2012), der die Auswirkungen der verzerrten Medienberichterstattung zur Arbeitslosigkeit auf die Wahrnehmung von Arbeitsplatzunsicherheit untersucht. Dabei verwendet *Garz* (2012) monatlich aggregierte Mediendaten und Umfragedaten aus dem Sozio-oekonomischen Panel (SOEP). Im Gegensatz dazu analysieren wir die Auswirkungen von Medienberichterstattung zur Ungleichheit auf die Sorgen der deutschen Bevölkerung auf Basis von Mediendaten sowie SOEP-Daten auf Tagesbasis.

## 4.2 Die Daten

### 4.2.1 Mediendaten

Unser Beitrag basiert zum einen auf Mediendaten von Media Tenor, das führende Medien mit der Methode des „human coding“ auswertet. Analysten kodieren die Medien auf Basis eines verbindlichen Kodierhandbuchs („code-book“). Jeder Bericht wird nach Medientyp (wie Fernsehen, Print, allgemeine und Fachpresse usw), Themen (wie Arbeitslosigkeit, Inflation, Ungleichheit), teilnehmenden Personen (wie Politiker, Unternehmer, Manager, Prominente) und Organisationen (wie politische Parteien, Unternehmen, Fußballvereine), Zeitreferenz (Zukunft, Gegenwart und Vergangenheit) und der Informationsquelle (wie Journalist, Politiker, Experte) kategorisiert und kodiert. Darüber hinaus wird erfasst, ob die relevanten Akteure und Institutionen positiv, negativ oder neutral von der Informationsquelle bewertet werden. Media Tenor garantiert eine Mindestakuranz der Analysen von 0,85.<sup>16</sup> Computerlinguistische Ansätze erreichen dagegen nach *Grimmer/Steward* (2013) lediglich eine Genauigkeit von 0,60 bis 0,70, insbesondere im Hinblick auf den Kontext und die Tonalität. Daher schlussfolgern *Grimmer/Steward* (2013), dass es in der politischen Textanalyse derzeit noch keinen Ersatz für das „human coding“ gibt.

---

16 Um die Daten auf einem hohen Qualitätsniveau zu halten, wird die Reliabilität der Codierung mit vierteljährlichen Standardtest wie auch mit random spot checks fortlaufend überprüft.

Das verwendete Medienset besteht aus sieben führenden Medien in Deutschland, darunter die TV-Hauptnachrichten ARD Tagesschau, ARD Tagesthemen, ZDF heute und ZDF heute journal, die Boulevard-Zeitung Bild sowie die Wochenzeitschriften Fokus und Spiegel. Die Auswahl des Mediensets erfolgte hauptsächlich aufgrund der Verfügbarkeit der Medien, die im gesamten Beobachtungszeitraum umfassend analysiert wurden. Das Medienset ist aber auch aus Perspektive der politischen Ökonomie begründbar: In der öffentlichen Debatte und im Hinblick auf die öffentliche Meinung spielen TV-Nachrichten eine wichtige Rolle, weil sie im Vergleich zu anderen Medien eine viel größere Reichweite in wesentlichen Teilen der Bevölkerung haben. Mit einer höheren Wahrscheinlichkeit sieht der Medianwähler Fernsehnachrichten, anstatt Zeitungen zu lesen. Bild und Spiegel zählen zudem zu den am häufigsten zitierten deutschen Medien. Daher übersteigt die Wirkung dieser Medien die einfache Reichweite bei weitem. Zudem liegt es nahe, dass traditionelle Medien über Plattformen der sozialen Medien weiterverbreitet werden.

Jeder Bericht bzw Artikel wurde je inhaltlicher Nachrichteneinheit analysiert; das heißt, dass jedes Mal, wenn eine neue Person, eine neue Institution, ein neues Thema, eine neue Quelle usw. im Bericht erschien, eine neue Nachrichteneinheit kodiert wurde. Die analysierten Medien wurden im Zeitraum Januar 2001 bis Dezember 2016 ausgewertet. Insgesamt wurden 644.443 Nachrichteneinheiten in die Analyse einbezogen. Davon handelten 3.867 von Ungleichheit und mit Ungleichheit zusammenhängenden Themen.

Dadurch, dass sowohl die Gesamtzahl der Nachrichteneinheiten pro Medium und Tag, als auch die Anzahl der Nachrichteneinheiten über Ungleichheit pro Medium und Tag vorliegen, kennen wir den Anteil der Berichterstattung, der von den Medien an jedem einzelnen Tag der Ungleichheit und verwandten Themen gewidmet wurde.

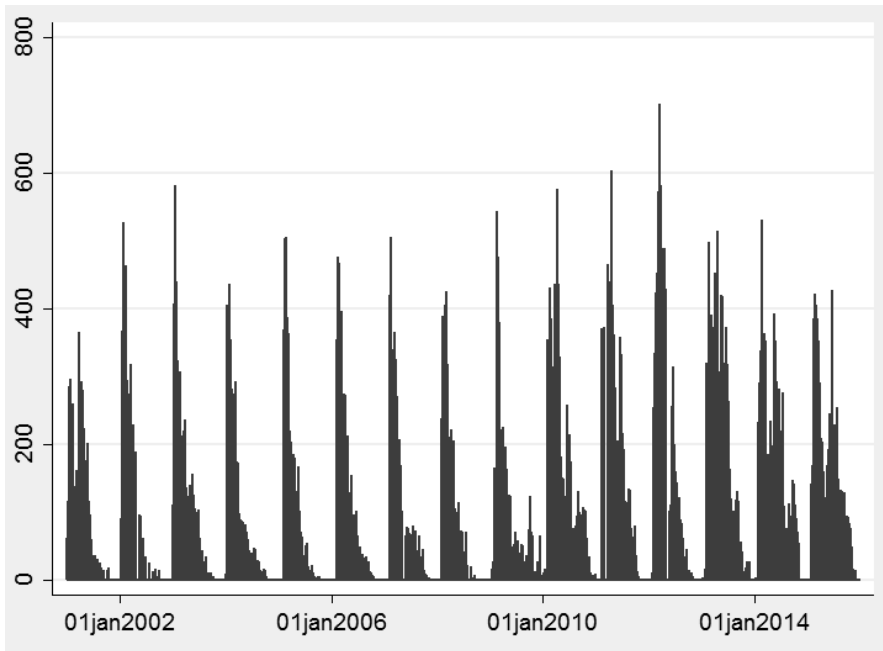
#### 4.2.2 Umfragedaten

Um die Wirkung der Medienberichterstattung zu sozialer Ungleichheit auf die Wahrnehmung der Bürgerinnen und Bürger zu messen, nutzen wir Daten des deutschen Sozio-oekonomischen Panels (SOEP). Das SOEP besteht seit 1984 und ist die größte und am längsten laufende Langzeitstudie in Deutschland. Aktuell werden jedes Jahr rund 30.000 Befragte in etwa 15.000 Haushalten befragt. Das besondere an der Panelstruktur ist, dass jedes Jahr dieselben Menschen befragt werden. Dadurch können langfristige gesellschaftliche Trends und auch die gruppenspezifische Entwicklung, zB unter Älteren oder Jüngeren, Frauen oder Männer, mehr oder weniger Gebildeten, gut analysiert werden.

In der vorliegenden Analyse verwenden wir alle SOEP-Interviews zwischen 2001 und 2015. Die Umfragen finden zufällig über das Jahr verteilt statt. Es wird auf dem Fragebogen angegeben, an welchem Tag und zu welcher Uhrzeit ein Interview geführt wurde. Dabei wurden nicht an jedem Tag unseres Untersuchungszeitraums Interviews durchgeführt; in den letzten Jahren ist die Verteilung der Interviews über das Jahr jedoch gleichmäßiger geworden. Während des gesamten Beobachtungszeitraums wurden dennoch die meisten Interviews zwischen Februar und September durchgeführt (Abbildung 5). Ähnlich wie *Doerren-*

berg/Siegloch (2014) nutzen wir in unserer Identifikationsstrategie die zufällige Verteilung der Interviewtermine, das heißt, die Unabhängigkeit des Zeitpunkts eines Interviews von den individuellen Merkmalen der interviewten Personen.

Abbildung 5: Verteilung der SOEP-Interviews im Zeitverlauf



Quelle: Diermeier et al (2017a); Ursprungsdaten: SOEP

Zunächst betrachten wir den Einfluss der Medienberichterstattung zur Ungleichheit auf die wirtschaftlichen Sorgen der Bevölkerung. Konkret beziehen wir als erstes die Antworten auf folgende SOEP-Frage in die Analyse ein:

„Wie ist es mit den folgenden Gebieten - machen Sie sich da Sorgen? ... - um die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung“.

Die Antwortmöglichkeiten waren: „Große Sorgen“, „Einige Sorgen“ und „Keine Sorgen“.

Mit der 2015er-Welle des SOEP wurde zudem eine gesonderte Frage nach der Zufriedenheit der Interviewten mit der sozialen Gerechtigkeit in die Umfrage aufgenommen. Konkret lautete die SOEP-Frage:

„Wie zufrieden sind Sie gegenwärtig mit den folgenden Bereichen Ihres Lebens? [...] - mit der Verwirklichung der sozialen Gerechtigkeit in Deutschland?“

Die Antworten konnten auf einer Skala von 0 („völlig unzufrieden“) bis 10 („vollständig zufrieden“) gegeben werden.

Die zweite Frage ermöglicht einen zusätzlichen Fokus auf die ungleichheitsbezogene Zufriedenheit der Bevölkerung. Darüber hinaus wurden folgende personenbezogenen Daten als Kontrollvariablen in die Analyse einbezogen: Haushaltsnettoeinkommen, Anzahl der Kinder, Familienstand, Konfession und Berufsstatus.

Leider beinhaltet die regelmäßige SOEP-Befragung keine Fragen zum Mediennutzungsverhalten der Interviewten. Aber auch Personen, die bestimmte Nachrichten nicht direkt konsumieren, können im Hinblick auf Wahrnehmung und ihre Meinung indirekt, zB über Mundpropaganda, das Internet oder andere Medienmultiplikatoren, beeinflusst werden.

Um eine kohärente Panel-Datenanalyse mit individuellen „fixed effects“ durchführen zu können, werden Personen mit weniger als fünf Interviews zwischen 2001 und 2015 aus dem Datensatz entfernt. Das führt dazu, dass die Antworten von insgesamt 30.700 Personen in die Analyse einbezogen werden. Das entspricht im gesamten Beobachtungszeitraum 303.100 Beobachtungen.

### **4.3 Die Ergebnisse**

#### **4.3.1 Zunahme der Ungleichheitsberichterstattung im langfristigen Trend**

Betrachtet man auf Basis der 644.443 untersuchten Nachrichteneinheiten, aus sieben führenden Medien in Deutschland, den Anteil der Berichterstattung zu Ungleichheit und verwandten Themen im Zeitverlauf, so fällt auf, dass das Interesse der Medien am Thema Ungleichheit deutlich gestiegen ist. Machten die Berichte zur Ungleichheit im Zeitraum 2001 bis 2012 durchschnittlich 0,45% aller Medienberichte aus, so lag der Anteil ab dem Jahr 2013 im Durchschnitt bei 0,8%.

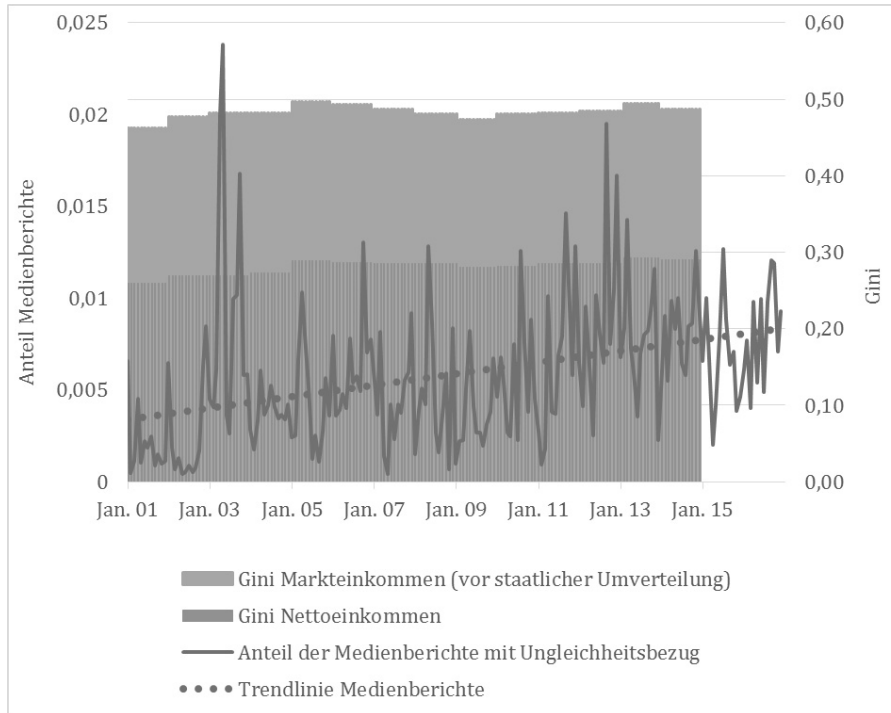
Insgesamt verdreifachte sich zwischen 2001 und 2015 der Anteil an Berichten zum Thema Ungleichheit (Abbildung 6). Bemerkenswert ist vor allem, dass auch ab dem Jahr 2005 der Anteil der Berichterstattung in führenden Medien in Deutschland zum Thema Ungleichheit nahezu kontinuierlich gestiegen ist, auch wenn sich weder die Ungleichheit vor noch nach staatlicher Umverteilung durch Steuern und Sozialtransfers wesentlich verändert hat.

#### **4.3.2 Abnahme der Sorgen der Bevölkerung im langfristigen Trend**

Die wirtschaftlichen Sorgen der Bevölkerung in Deutschland wiederum haben während der vergangenen Jahre kontinuierlich abgenommen. Dies steht im Einklang mit der guten wirtschaftlichen Entwicklung und insbesondere der Entwicklung am deutschen Arbeitsmarkt.



Abbildung 6: Einkommensungleichheit in Deutschland und Anteil der Ungleichheitsberichterstattung in deutschen Medien



Hinweis: In dieser Abbildung stellen wir auch die 2016er Daten zur Berichterstattung über Ungleichheit dar, um zu zeigen, dass die relative Bedeutung des Themas auch nach 2015 nicht abgenommen hat.

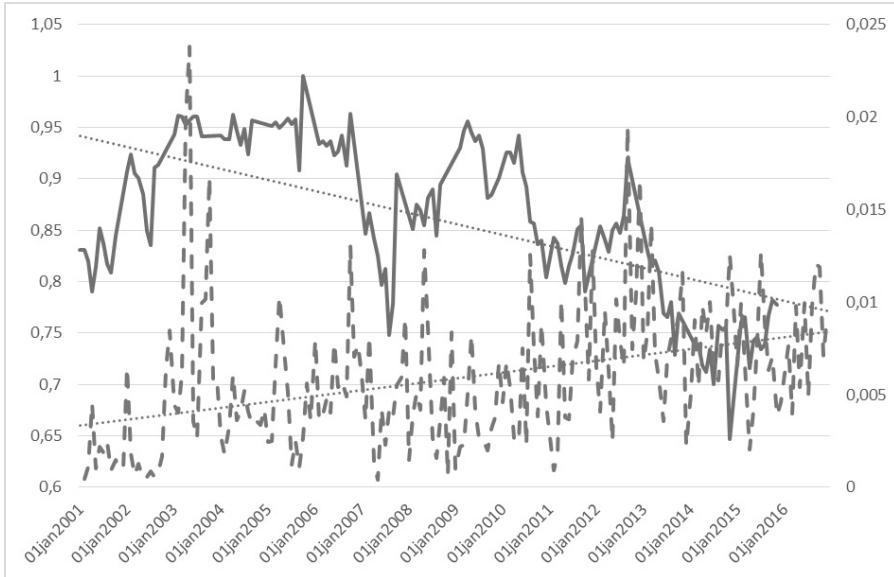
Quelle: *Diermeier et al (2017b)*; Ursprungsdaten: *SOEP, OECD*

Abbildung 7 zeigt den Anteil der Befragten, die sich über die allgemeine wirtschaftliche Situation in Deutschland „Große Sorgen“ oder „Einige Sorgen“ machen (linke Skala, durchgezogene Linie) und den Anteil der Medienberichterstattung zu Ungleichheit (rechte Skala, gestrichelte Linie), im zeitlichen Verlauf auf Monatsbasis. Bei einem nahezu kontinuierlich rückläufigen Trend gaben im Jahr 2015 nur noch 15% der Befragten an, sich „Große Sorgen“ über die allgemeine Wirtschaftslage zu machen. 25% antworteten, dass sie sich darüber „Keine Sorgen“ machen. Im Gegensatz dazu nahm der Anteil der Berichterstattung über Ungleichheitsthemen wie zuvor dargelegt immer weiter zu.

### 4.3.3 Kurzfristige Verunsicherung durch Medienberichterstattung

Die bisherigen Ergebnisse haben gezeigt, dass (1.) das Thema Ungleichheit in den deutschen Medien in den letzten Jahren eine immer wichtigere Rolle eingenommen hat, und dass obwohl die Einkommensverteilung vor und nach staat-

Abbildung 7: Sorgen der Bevölkerung über die wirtschaftliche Entwicklung und Anteil der Medienberichterstattung über Ungleichheit



Hinweise: Sorgen über allgemeine Wirtschaftslage: linke Skala, durchgezogene Linie. Anteil der Berichterstattung zur Ungleichheit: rechte Skala, gestrichelte Linie. In dieser Abbildung stellen wir auch die 2016er Daten zur Berichterstattung über Ungleichheit dar, um zu zeigen, dass die relative Bedeutung des Themas auch nach 2015 nicht abgenommen hat.

Quelle: *Diermeier et al (2017a)*; Ursprungsdaten: *SOEP, Media Tenor*

licher Umverteilung durch Steuern und Transfers weitgehend unverändert geblieben ist. (2.) Hat sich gezeigt, dass trotz der intensiveren Berichterstattung zur Ungleichheit die Sorgen der deutschen Bevölkerung um die wirtschaftliche Lage immer weiter abgenommen haben. Die Medienberichterstattung scheint also zumindest langfristig keinen durchschlagenden Effekt auf die Sorgen der Bevölkerung zu haben. Jedoch könnte es sein, dass ein Anstieg der Medienberichterstattung zur Ungleichheit kurzfristig die Bevölkerung verunsichert.

Um diese Frage zu klären, führen wir die Mediendaten und die SOEP-Umfragedaten zu jedem Befragungszeitpunkt zusammen und erhalten so einen Datensatz mit dem Anteil der ungleichheitsbezogenen Medienberichterstattung aus den Jahren 2001 bis 2015 und den Sorgen der Bevölkerung hinsichtlich der allgemeinen wirtschaftlichen Situation im gleichen Zeitraum. Somit können wir zwischen 2001 und 2015 den Einfluss einer intensiveren Medienberichterstattung über Ungleichheit auf die Sorgen der Bevölkerung am selben Tag und den darauf folgenden Tagen untersuchen.<sup>17</sup> Da die Zufriedenheit mit der sozialen Gerechtigkeit nur im Jahr 2015 abgefragt wurde, lässt sich hier der Einfluss der

17 Für eine ausführliche Darstellung der empirischen Identifikationsstrategie und der Ergebnisse der ökonometrischen Untersuchung siehe *Diermeier et al (2017a)*.

Ungleichheitsberichterstattung nur in einer Querschnittsbetrachtung untersuchen.

#### 4.3.4 Wirtschaftliche Sorgen der Bevölkerung

Um den Einfluss der Medienberichterstattung zur Ungleichheit auf die wirtschaftlichen Sorgen der Bevölkerung zu analysieren, schätzen wir auf Basis der Panel-Daten ein Logit-Regressionsmodell mit fixen Personeneffekten in verschiedene Spezifikationen. Die abhängige Variable sind die Sorgen der Bevölkerung. Die Variable hat eine binäre Ausprägung und nimmt den Wert 1 an, wenn sich die Befragten „große Sorgen“ oder „einige Sorgen“ machen und den Wert 0, wenn sich die Befragten „keine Sorgen“ machen. Die unabhängige Variable ist der Anteil der Berichterstattung zur Ungleichheit und verwandten Themen. Zusätzliche kontrollieren wir für verschiedene Variablen wie Nettoeinkommen der Haushalte, Anzahl der Kinder, Familienstand, Berufsstatus, regionale Herkunft oder die quartalsweise Arbeitslosenquote.

Die Ergebnisse zeigen, dass sich eine stärkere Berichterstattung ab einem Zeitraum von drei aufeinanderfolgenden Tagen vor dem jeweiligen Interview signifikant negativ auf die Sorgen der Befragten auswirkt. Liegt der Anteil der Berichterstattung zur Ungleichheit an der gesamten Berichterstattung einer Woche um einen Prozentpunkt höher, so erhöht sich die Wahrscheinlichkeit um rund 4%, dass ein Befragter bzw eine Befragte angibt, sich Sorgen um die wirtschaftliche Lage zu machen.

Die Kontrollvariablen haben grosso modo die erwarteten Vorzeichen. Bei den signifikanten Ergebnissen zeigt sich, dass eine höhere Arbeitslosenquote mit mehr Sorgen der Bevölkerung einhergeht. Befragte mit Partner haben mehr Sorgen als Singles. Angestellte und Pensionisten machen sich weniger Sorgen, Arbeitslose hingegen mehr. Die übrigen Kontrollvariablen sind insignifikant.

#### 4.3.5 Zufriedenheit mit der Verwirklichung der sozialen Gerechtigkeit

Da für die Frage zur Zufriedenheit mit der Verwirklichung der sozialen Gerechtigkeit keine Zeitreihe verfügbar ist, müssen wir uns auf ein Querschnittsregressionsdesign stützen, um den Einfluss der ungleichheitsbezogenen Medienberichterstattung auf die Wahrnehmung der sozialen Gerechtigkeit zu analysieren. Die abhängige Variable ist nun die Zufriedenheit mit der Verwirklichung der sozialen Gerechtigkeit. In der Regression ist diese auf den Wert 0 kodiert, wenn ein Befragter mit der Verwirklichung der sozialen Gerechtigkeit „vollkommen zufrieden“ ist und reicht bis zum Wert 10, wenn der Befragte „völlig unzufrieden“ ist.<sup>18</sup> Die interessierende unabhängige Variable ist wiederum der Anteil der Berichterstattung zur Ungleichheit und verwandten Themen. Neben den oben genannten Kontrollvariablen können in dieser Regression ebenfalls zeitunveränderliche Eigenschaften wie Geschlecht und Migrationshintergrund sowie Alter in der Schätzung kontrolliert werden.

---

18 Damit die Ergebnisse im Hinblick auf die Formulierung der Hypothese mit den Vorzeichen der Koeffizienten übereinstimmen, wurde die abhängige Variable von der ursprünglichen SOEP-Umfrage umkodiert.

Die Ergebnisse zeigen, dass die Befragten weniger zufrieden mit der Verwirklichung der sozialen Gerechtigkeit sind, wenn vor ihrem Interview intensiver über Ungleichheit berichtet wurde. Steigt der Anteil der wöchentlichen Berichterstattung über Ungleichheit und verwandten Themen um einen Prozentpunkt, so verschiebt sich die Bewertung der Befragten auf einer 10-Punkte-Skala um 0,11 Punkte hin zu „weniger Zufriedenheit mit der sozialen Gerechtigkeit“. Erhöht sich wiederum der Anteil der Inlandsberichterstattung zu Ungleichheitsthemen im engeren Sinne (zB „soziale Schere“), dann ist der Einfluss der Medienberichterstattung auf die (Un-)Zufriedenheit sogar beinahe doppelt so groß. Die Ergebnisse zeigen weiterhin, dass sich eine anhaltende Berichterstattung über Ungleichheit intensiver auf die Wahrnehmung der Bürgerinnen und Bürger auswirkt als punktuelle Medienberichte. Medien spielen also zumindest kurzfristig eine entscheidende Rolle im Hinblick auf die Sorgen der Bevölkerung und die Wahrnehmung der sozialen Gerechtigkeit. Die Kontrollvariablen haben die erwarteten Vorzeichen. Bei den signifikanten Ergebnissen zeigt sich, dass eine höhere Arbeitslosenquote mit einer größeren Unzufriedenheit der Bevölkerung mit der Verwirklichung der sozialen Fairness einhergeht. Befragte mit höherem Haushaltseinkommen und mehr Kindern sind zufriedener; Ältere und Befragte aus den ostdeutschen Bundesländern sind gegenüber der jeweiligen Vergleichsgruppe eher unzufrieden mit der Verwirklichung der sozialen Gerechtigkeit.

#### 4.3.6 Diskussion der Ergebnisse

Ein naheliegender Einwand mit Bezug auf unsere ökonometrische Analyse könnte sein, dass es nicht die Berichterstattung über Ungleichheit ist, die die Sorgen der Menschen antreibt, sondern dass eine zunehmende Besorgnis über die wirtschaftliche Situation und die Wahrnehmung der sozialen Fairness in der Gesellschaft die Medienberichterstattung zum Thema antreibt. In diesem Fall würde eine umgekehrte Kausalität zwischen unserer abhängigen Variable („Sorgen der Bevölkerung“) und unseren unabhängigen Variablen („Medienberichterstattung zur Ungleichheit“) vorliegen. Wie Abbildung 7 jedoch zeigt, sind die Sorgen der Bevölkerung hinsichtlich der wirtschaftlichen Situation im Beobachtungszeitraum stetig zurückgegangen. Leider bietet das SOEP derzeit noch keine Zeitreihen bezüglich der Frage zur Verwirklichung der sozialen Gerechtigkeit innerhalb der Gesellschaft an. Allerdings zeigen andere Daten, wie zB der ARD-Deutschland Trend vom März 2017, dass die deutsche Gesellschaft im Zeitraum 2006 und 2017 eher als zunehmend gerecht(er) wahrgenommen wird.<sup>19</sup> Auch bei der ALLBUS-Umfrage („Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften“) empfindet zwar weiterhin eine überwiegende Mehrheit der Befragten die sozialen Unterschiede als ungerecht, taten dies 2008 aber noch 75% der Befragten, reduzierte sich dieser Anteil im Jahr 2014 zu rund 68%. Aufgrund der gegenläufigen zeitlichen Trends erscheint es wenig plausibel, dass zunehmende Sorgen oder ein zunehmendes Ungerechtigkeitsgefühl der Bevölkerung zu der zunehmenden Berichterstattung geführt haben.<sup>20</sup>

---

19 Quelle: Infratest dimap, n = 1.003, repräsentative Stichprobe von Wahlberechtigten.

20 Für weitere Robustheits-Checks siehe *Diermeier et al* (2017a).

## 5. Schlussfolgerungen

In vielen Ländern unterscheidet sich die wahrgenommene Ungleichheit von den tatsächlichen Verteilungsstatistiken. Viele Österreicher und die meisten Deutschen vermuten in ihren Ländern die meisten Menschen im unteren Bereich der Gesellschaft, obwohl tatsächlich die Einkommensmittelschicht die größte Gruppe der Bevölkerung stellt. Zudem werden die Einkommensverhältnisse als zunehmend ungleich wahrgenommen, obwohl die Einkommensverteilung nach Steuern und Transfers in Österreich und Deutschland nach verschiedenen Verteilungsmaßen, wie dem Gini-Koeffizient, dem P90/P10 und dem S80/S20-Verteilungsmaß, in den letzten zehn Jahren weitgehend unverändert geblieben ist. Zudem wird durch Steuern und staatliche Transfers in Österreich und Deutschland wesentlich kräftiger umverteilt, als zum Beispiel in den Vereinigten Staaten und gegenüber der großen Mehrheit der Industriestaaten. Während der Gini-Koeffizient vor staatlicher Umverteilung in allen drei Ländern sehr ähnlich und in den letzten Jahren kaum verändert um einen Wert von 0,5 liegt, so führt staatliche Umverteilung in den Vereinigten Staaten dazu, dass das Maß der Einkommensungleichheit im Jahr 2015 von etwa 0,5 auf 0,39 gesenkt wird. Hingegen wird in Deutschland die Einkommensungleichheit durch Steuern und staatliche Transfers auf knapp 0,29 reduziert, im Österreich sogar noch etwas mehr.

Bei der dargestellten Diskrepanz zwischen der tatsächlichen und wahrgenommenen Entwicklung der Ungleichheit stellt sich die Frage nach Gründen für die Fehleinschätzungen. Dabei ist weniger überraschend, dass Bürgerinnen und Bürger die Einkommensverteilung schlecht oder gar nicht einschätzen können. Denn im Gegensatz zu beobachtbarem Konsumverhalten von Nachbarn, Kollegen oder Freunden ist die Einkommensverteilung in der Gesamtgesellschaft keine unmittelbar beobachtbare Größe. Es ist hingegen überraschend, dass die Bürgerinnen und Bürger in Österreich und Deutschland die Einkommensungleichheit nicht zufällig unter- und überschätzen, sondern mehrheitlich ein zu pessimistisches Bild der gesellschaftlichen Ungleichheit haben. Daher untersuchen wir, ob die Medienberichterstattung über Ungleichheit einen möglichen Erklärungsansatz bietet.

Die Ergebnisse der ökonometrischen Analyse auf Basis von rund 640.000 Berichten in deutschen Medien und über 300.000 Interviews des deutschen Sozio-ökonomischen Panels (SOEP) im Zeitraum 2001 bis 2015 zeigen, dass trotz einer stabilen Einkommensverteilung, eine intensivere Berichterstattung zum Thema Ungleichheit die Sorgen der Bürgerinnen und Bürger zumindest kurzfristig erhöhen kann.

Eine stärkere Berichterstattung ab einem Zeitraum von drei aufeinanderfolgenden Tagen vor dem jeweiligen Interview wirkt sich signifikant negativ auf die Sorgen der Befragten aus. Liegt der Anteil der Berichterstattung zur Ungleichheit an der gesamten Berichterstattung einer Woche um einen Prozentpunkt höher, so erhöht sich die Wahrscheinlichkeit um rund 4%, dass ein Befragter bzw. eine Befragte angibt, sich Sorgen um die wirtschaftliche Lage zu machen.

Zudem sind die Befragten weniger zufrieden mit der Verwirklichung der sozialen Gerechtigkeit, wenn vor ihrem Interview intensiver über Ungleichheit berichtet wurde. Steigt der Anteil der wöchentlichen Berichterstattung über Un-

gleichheit und verwandten Themen um einen Prozentpunkt, so verschiebt sich die Bewertung der Befragten auf einer 10-Punkte-Skala um 0,11 Punkte hin zu „weniger Zufriedenheit mit der sozialen Gerechtigkeit“. Erhöht sich wiederum der Anteil der Inlandsberichterstattung zu Ungleichheitsthemen im engeren Sinne (zB soziale Schere), dann ist der Einfluss der Medienberichterstattung auf die (Un-)Zufriedenheit beinahe doppelt so groß. Die Ergebnisse zeigen weiterhin, dass sich eine anhaltende Berichterstattung über Ungleichheit intensiver auf die Wahrnehmung der Bürgerinnen und Bürger auswirkt als punktuelle Medienberichte. Medien spielen also zumindest kurzfristig eine entscheidende Rolle im Hinblick auf die Sorgen der Bevölkerung und die Wahrnehmung der sozialen Gerechtigkeit – und das auch abgekoppelt von der tatsächlichen Entwicklung.

Für Deutschland zeigt sich allerdings auch, dass die wirtschaftlichen Sorgen langfristig durch andere Faktoren bestimmt werden. So haben mit der guten Entwicklung am deutschen Arbeitsmarkt innerhalb der letzten zehn Jahre die Sorgen der Bürgerinnen und Bürger in Deutschland um die allgemeine wirtschaftliche Lage deutlich abgenommen: Waren es 2005 noch 54% der Befragten, die angaben sich große Sorgen zu machen, so waren es 2015 nur noch 15%.

Da die politischen Präferenzen der Wählerinnen und Wähler eher durch subjektive Einschätzungen als durch tatsächliche Entwicklungen geprägt werden (*Gimpelson/Treisman*, 2017), ist das Auseinanderdriften von wahrgenommener und tatsächlicher Entwicklung von besonderer Bedeutung. Dies deutet auch auf die besondere Verantwortung von Medien in Demokratien hin.

Aufgrund der Verfügbarkeit der Daten fokussieren wir bei der Analyse des Einflusses der Medienberichterstattung auf die Sorgen der Bevölkerung und die Wahrnehmung der sozialen Gerechtigkeit auf Deutschland. Vieles spricht allerdings dafür, dass sich die Resultate zumindest qualitativ auf andere Länder übertragen lassen. Bei ähnlichem ökonomischen Entwicklungsstand, ähnlichem kulturellen und institutionellen Hintergrund sowie ähnlicher geografischer Lage liegt dies besonders nahe.

## Literatur

*Alsem, K. J./Brakman, S./Hoogduin, L./Kuper, G.*, The impact of newspapers on consumer confidence: does spin bias exist? *Applied Economics* 40 (2008) 531

*Anderson, S. P./McLaren, J.*, Media Mergers and Bias with Rational Consumers, *Journal of the European Economic Association* 10 (4) (2012) 831

*Beckmann, K./Dewenter, R./Thomas, T.*, Can news draw blood? The impact of media coverage on the number and severity of terror attacks, *Peace Economics, Peace Science and Public Policy* 23 (1) (2017) 1

*Bernhardt, D./Krasa, S./Polborn, M.*, Political polarization and the electoral effects of media bias, *Journal of Public Economics* 92 (2008) 1092

- Besley, T./Pratt, A.*, Handcuffs for the grabbing hand? Media capture and government accountability. *American Economic Review* 96 (2006) 720
- Cruces, G./Perez-Truglia, R./Tetaz, M.*, Biased perceptions of income distribution and preferences for redistribution: Evidence from a survey experiment, *Journal of Public Economics* 98 (2013) 100
- D'Alessio, D./Allen, M.*, Media bias in presidential elections: a meta-analysis, *Journal of Communication* 50 (4) (2000) 133
- DellaVigna, S./Kaplan, E.*, The Fox News Effekt: Media Bias and Voting, *The Quarterly Journal of Economics*, 122 (3) (2007) 1187
- Demary, M./Niehues, J.*, Kein Anstieg der Vermögensungleichheit seit der Niedrigzinsphase, ifo Schnelldienst 13 (2016) 9
- Dewenter, R./Heimeshoff, U.*, Media Bias and advertising: Evidence from a German car magazine. *Review of Economics* 65 (2014) 77
- Dewenter, R./Heimeshoff, U.*, More Ads, More Revs? A Note on Media Bias in Review Likelihood, *Economic Modelling* 44 (2015) 156
- Dewenter, R./Heimeshoff, U./Thomas, T.*, Media Coverage and Car Manufacturers' Sales, *Economics Bulletin* 36 (2016) 976
- Diermeier, M./Goecke, H./Niehues, J./Thomas, T.*, Impact of Media Coverage on Inequality on Worries of the Citizens, *EcoAustria Research Paper* 4 (2017)
- Doerrenberg, P./Siegloch, S.*, Is soccer good for you? The motivational impact of big sporting events on the unemployed, *Economics Letters* 123 (1) (2014) 66
- Doms, M./Morin, N.*, Consumer sentiment, the economy, and the news media. *Finance and Economics Discussion Series* 2004-51, Board of Governors of the Federal Reserve System (2004)
- Druckman, J. N./Parkin, M.*, The Impact of Media Bias: How Editorial Slant Affects Voters, *Journal of Politics* 67 (4) (2005) 1030
- Durante, R./Zhuravskaya, E.*, Attack when the world is not watching? International media and the Israeli-Palestinian conflict, *CEPR Discussion Paper* 10750, *Journal of Political Economy* (2015)
- Eisensee, T./Strömberg, D.*, News Droughts, News Floods, and U. S. Disaster Relief, *The Quarterly Journal of Economics* 122 (2) (2007) 693
- Engelhardt, C./Wagener, A.*, Biased perceptions of income inequality and redistribution, *CESifo Working Paper Series* (2014)
- Engelhardt, C./Wagener, A.*, What do Germans think and know about income inequality? A survey experiment, *ECINEQ Working Paper Series* WP 2016-389 (2016)
- Enikolopov, R./Petrova, M./Zhuravskaya, E.*, Media and Political Persuasion: Evidence from Russia, *American Economic Review* (2011)

- Entman, R. M.*, Framing Bias: Media in the Distribution of Power, *Journal of Communication* 57(1) (2007) 163
- Fischer, K./Niehues, J.*, Der Blick auf die Markteinkommen führt in die Irre, *IW-Kurzbericht*, Nr. 47, Köln (2016)
- Friebel, G./Heinz, M.*, Media slant against foreign owners: Downsizing. *Journal of Public Economics* 120 (2014) 97
- Gambaro, M./Puglisi, R.*, What do ads buy? Daily coverage of listed companies on the Italian press. *European Journal of Political Economy* 39 (2015) 41
- Garz, M.*, Job Insecurity Perceptions and Media Coverage of Labor Market Policy, *Journal of Labor Research* 33 (2012) 528
- Garz, M.*, Unemployment Expectations, Excessive Pessimism, and News Coverage, *Journal of Economic Psychology* 34 (2013) 156
- Garz, M.*, Good news and bad news: evidence of media bias in unemployment reports, *Public Choice* (2014)
- Gentzkow, M. A./Shapiro, J. M./Sinkinson, M.*, The Effect of Newspaper Entry and Exit on Electoral Politics, *American Economic Review* 101 (2011) 2980
- Gimpelson, V./Treisman, D.*, Misperceiving inequality, *Economics and Politics* (2017)
- Goidel, R. K./Langley, R. E.*, Media coverage of the economy and aggregate economic evaluations, *Political Research Quarterly* 48(2) (1995) 313
- Grimmer, J./Steward, B. M.*, Text as Data: The Promise and Pitfalls of Automatic Content, Analysis Methods for Political Texts, *Political Analysis* 21 (3) (2013) 267
- Groseclose, T./Milyo, J.*, A measure of media bias, *Quarterly Journal of Economics* 120 (2005) 1191
- Hauser, O./Norton, M.*, (Mis)perception of Inequality, *Current Opinion in Psychology* 18 (2017) 21
- Heinz, M./Swinnen, J.*, Media slant in economic news: A factor 20, *Economics Letters* (2015) 18
- Helmenstein, C./Krabb, P./Thomas, T.*, Standort-Sentiment als Determinante der Investitionstätigkeit, *Wirtschaftspolitische Blätter* 63 (2016) 171
- Kholodilin, K. A./Thomas, T./Ulbricht, D.*, Do Media Data Help to Predict German Industrial Production? *Journal of Forecasting* 36 (2017) 483
- Knell, M./Stix, H.*, Inequality, Perception Biases and Trust, *Oesterreichische Nationalbank Working Paper* 211 (2017)



- Lamla, M. J./Maag, T.*, The Role of Media for Inflation Forecast Disagreement of Households and Professional Forecasters, *Journal of Money, Credit and Banking* 7 (2012) 1325
- Leventi, C./Vujackov, S.*, Baseline results from the EU28 EUROMOD (2011-2015), *EUROMOD Working Paper Series EM 3/16* (2016)
- Morris, J. S.*, Slanted Objectivity? Perceived Media Bias, Cable News Exposure, and Political Attitudes, *Social Science Quarterly* 88 (3) (2007) 707
- Nadeau, R./Niemi, R. G./Amato, T.*, Elite economic forecasts, economic news, mass economic expectations, and voting intentions in Great Britain, *European Journal of Political Research* 38 (2000) 135
- Niehues, J.*, Subjektive Ungleichheitswahrnehmung und Umverteilungspräferenzen - ein internationaler Vergleich, *IW-Trends* 44, Heft 2 (2014) 1
- Niehues, J.*, Ungleichheit: Wahrnehmung und Wirklichkeit - ein internationaler Vergleich, *Wirtschaftsdienst* 96 (2016) 13
- Niehues, J.*, Einkommensentwicklung, Ungleichheit und Armut - Ergebnisse unterschiedlicher Datensätze, *IW-Trends* 44, Heft 3 (2017) 115
- Norton, M. I./Ariely, D.*, Building a better America - One wealth quintile at a time. *Perspectives on Psychological Science* 6(1) (2011) 9
- OECD*, *Growing Unequal? Income Distribution and Poverty in OECD Countries*, OECD Publishing, Paris (2008)
- OECD*, *Divided We Stand: Why Inequality Keeps Rising*, OECD Publishing, Paris (2011)
- Pew Research Center*, *Economies of Emerging Markets Better Rated During Difficult Times*, Pew Research Center Publishing, Washington (2013)
- Prat, A.*, Media power, CEPR Discussion Paper 10094, *Journal of Political Economy* (2014)
- Reuter, J./Zitzewitz, E.*, Do ads influence editors? Advertising and bias in the financial media, *Quarterly Journal of Economics* 121 (2006) 197
- Schalembier, B.*, Measuring perceived income inequality: an evaluation of different methods, *Proceedings of the Italian Statistical Society Conference (SIS 2015)* (2015)
- Snyder Jr., J. M./Strömberg, D.*, Press Coverage and Political Accountability, *Journal of Political Economy* 118 (2010) 355
- Soroka, S. N.*, Good news and bad news: Asymmetric responses to economic information, *The Journal of Politics* 68 (2006) 372
- van Raaij, W. F.*, Economic news, expectations and macro-economic behavior, *Journal of Economic Psychology* 10(4) (1989) 473

**Abstract**

**JEL-No: D63, D84, H23**

Income inequality, perceived inequality and the impact of media coverage

In many countries, perceived income differences are larger than actual inequality. In addition, people often perceive income inequality as growing, despite the fact, that for instance in Austria and Germany the income distribution after taxes and transfers did not change significantly during the last 10 years. Income distribution measures like Gini-Coefficients, P90/P10 and S80/S20 confirm the distributions' stability. The jury is out on the question why perceived and actual income distribution differ so much. Hence, in our contribution we investigate whether media coverage of inequality is a possible explanation. The econometric analysis is based on roughly 640.000 news items derived from the leading German media and over 300.000 interviews conducted by the German Socio-Economic Panel (SOEP) over the period 2001–2015. The results show that media coverage on inequality can increase people's worries in the short run. As political preferences of voters are strongly driven by subjective perceptions rather than by actual developments, this hints at a special responsibility of media in democracies. Due to data availability issues, the impact analysis of inequality related media coverage on people's worries focuses on Germany. However, we expect similar results for other countries, in particular if they are comparable with regard to their level of economic development, cultural and institutional background and geographical location.